**Gesamtbetrauung der Klinikum Bielefeld gem. GmbH
mit der Erbringung von
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**

Präambel

Es ist eine öffentliche Aufgabe des Landes, die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen (§ 1 Abs. 2 KHGG NRW). Das Land kommt dieser Aufgabe mit dem Krankenhausplan (§§ 12, 16 KHGG NRW) und der Investitionsförderung (§§ 17 ff. KHGG NRW) nach. Die Städte Bielefeld und Halle (Westf.) sind nach § 1 Abs. 3 Satz 3 KHGG NRW Trägerinnen der Klinikum Bielefeld gem. GmbH und wirken in diesem Rahmen daran mit, die Krankenversorgung in Krankenhäusern zu gewährleisten (§ 1 Abs. 2 Satz 2 KHGG NRW). Insbesondere entscheiden sie über die Reichweite des Versorgungsauftrages der Klinikum Bielefeld gem. GmbH. Die Klinikum Bielefeld gem. GmbH ist von ihnen mit dem Betrieb des Klinikums Bielefeld, der Versorgung von Patienten und bestimmten damit zusammenhängenden Tätigkeiten betraut worden. Die bisherige Betrauung war befristet und endet mit Ablauf des 31.08.2022.

Um zu gewährleisten, dass die Krankenhausversorgung in Bielefeld und Halle (Westf.) weiterhin bestmöglich gewährleistet wird, haben der Rat der Stadt Bielefeld und der Rat der Stadt Halle Westf. mit Beschlüssen vom 23.06.2022 und vom 15.06.2022 beschlossen, die Betrauung der Klinikum Bielefeld gem. GmbH zu erneuern. Im Hinblick auf die Einrichtung der medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld und die Gründung des Universitätsklinikums Ostwestfalen-Lippe („Universitätsklinikum OWL“) soll das Klinikum Bielefeld zukünftig als Teil des Universitätsklinikums OWL betrieben werden. Die Verzahnung von Forschung, Lehre und Praxis gewährleistet eine nachhaltig hohe Versorgungsqualität.

Damit die Klinikum Bielefeld gem. GmbH ihre Aufgaben auch dann erfüllen kann, wenn ihre Einnahmen nicht genügen, um die entstehenden Betriebsausgaben zu decken, betrauen die Städte Bielefeld und Halle (Westf.) mit dem nachfolgenden Akt die Klinikum Bielefeld gem. GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse („DAWI“) und legen die Bedingungen für die Gewährung von Ausgleichsleistungen für die DAWI fest.

Rechtsgrundlagen der Betrauung sind § 1 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 KHGG NRW und der Beschluss 2012/21/EU der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betraut sind (Freistellungsbeschluss), ABI. EU, Nr.

L 7, v. 11.01.2012, S. 3. Der Freistellungsbeschluss ist nach seinem Art. 2 Abs. 1 lit. b) u.a. auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von DAWI durch Krankenhäuser anwendbar, die medizinische Versorgung leisten, wobei unmittelbar mit der Haupttätigkeit verbundene forschungsbezogene Nebendienstleistungen ausdrücklich erfasst sind.

§ 1

Betrauung der Klinikum Bielefeld gem. GmbH

- (1) Die Klinikum Bielefeld gem. GmbH ist zur Sicherstellung der Krankenhaus-Versorgung in Bielefeld und Halle (Westf.) nach Maßgabe der folgenden Absätze mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Dies umfasst insbesondere:
 - Betrieb des Klinikums Bielefeld;
 - stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung von Patienten;
 - Erbringung damit verbundener Dienstleistungen und Tätigkeiten;
 - einschließlich des Betriebs als Universitätsklinikum (Abs. 5) sowie
 - Erbringung damit zusammenhängender Leistungen und Versorgungsprodukte für Patienten, niedergelassene Ärzte, soziale Institutionen und sonstige Dritte.
- (2) Nach § 2 Ziff. 2 der Satzung der Klinikum Bielefeld gem. GmbH ist Unternehmensgegenstand „der Betrieb des Klinikums Bielefeld und die stationäre, teilstationäre, ambulante Versorgung von Patienten, die damit verbundenen Dienstleistungen und Tätigkeiten sowie die damit zusammenhängenden Leistungen und Versorgungsprodukte für Patienten, niedergelassene Ärzte, soziale Institutionen und sonstige Dritte.“ Das Klinikum Bielefeld ist als gemeinnützige GmbH organisiert und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke (§ 3 Ziff. 1 der Satzung).
- (3) Nach § 2 Ziff. 4 der Satzung der Klinikum Bielefeld gem. GmbH kann die Klinikum Bielefeld gem. GmbH alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszwecks dienlich sind, soweit sie sich mit ihrer Gemeinnützigkeit vereinbaren lassen. Hierzu zählt auch, weitere Unternehmen zu errichten oder sich an diesen zu beteiligen.
- (4) Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 KHGG NRW ist die Klinikum Bielefeld gem. GmbH verpflichtet, entsprechend der Aufgabenstellung nach den durch Bescheid gemäß § 16 KHGG NRW getroffenen Feststellungen im Krankenhausplan alle, die ihre Leistungen benötigen, nach Art und Schwere der Erkrankungen zu

versorgen. Die Einzelheiten von Art und Dauer der Versorgungspflicht ergeben sich aus den Festlegungen des Feststellungsbescheides nach § 16 KHGG NRW, der in seiner jeweils gültigen Fassung Bestandteil dieser Betrauung ist. Den Rahmen der Aktivitäten der Klinikum Bielefeld gem. GmbH bildet der Feststellungsbescheid der Bezirksregierung Detmold vom 06.02.2001 nebst den nachfolgenden modifizierenden Bescheiden [zuletzt Feststellungsbescheid vom 30.03.2022]; beigefügt als **Anlage 1**.

- (5) Die Klinikum Bielefeld gem. GmbH wird weiter mit der Aufgabe betraut, die Einrichtungen des Klinikums Bielefeld als Teil des Universitätsklinikums OWL zu betreiben. Hierzu gehören die Aufgaben, räumliche, infrastrukturelle, organisatorische und personelle Ressourcen für Forschung und Lehre bereitzustellen. Einzelheiten ergeben sich aus einem Kooperationsvertrag, dessen Abschluss der Zustimmung der Stadt Bielefeld und der Stadt Halle (Westf.) bedarf und der in seiner jeweils gültigen Fassung Bestandteil dieser Betrauung ist. Die hierauf entfallenden Aufwendungen gehören zu den ausgleichsfähigen Aufwendungen im Rahmen dieser Betrauung.

§ 2

Dauer der Betrauung

Die Betrauung beginnt zum 01.09.2022. Der Zeitraum der Betrauung beträgt zehn Jahre (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Freistellungsbeschluss). Die Betrauung endet demgemäß am 31.08.2032.

§ 3

Keine ausschließlichen oder besonderen Rechte

Der Klinikum Bielefeld gem. GmbH werden keine ausschließlichen oder besonderen Rechte gewährt.

§ 4

Ausgleichsmechanismus

- (1) Die Städte Bielefeld und Halle (Westf.) können der Klinikum Bielefeld gem. GmbH nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Ausgleichsleistungen gewähren zur Finanzierung der durch die Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns.

- (2) Die Gesamthöhe der Ausgleichsleistungen je Ausgleichsperiode ist begrenzt auf die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen in der Ausgleichsperiode verursachten Nettokosten zuzüglich eines angemessenen Gewinns.
- (3) Die Nettokosten sind die Differenz zwischen den zu berücksichtigenden Kosten und Einnahmen der Klinikum Bielefeld gem. GmbH. Die zu berücksichtigenden Kosten und Einnahmen umfassen die in Verbindung mit der Erbringung der DAWI angefallenen Kosten und erzielten Einnahmen.
- (4) Ausgleichsleistungen sind alle Vorteile, insbesondere finanzieller Art, die der Klinikum Bielefeld gem. GmbH unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Mitteln während des Zeitraums der Betrauung oder in Verbindung mit den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gewährt werden (vgl. die hier entsprechend heranzuziehende Definition aus Art. 2 lit. g) VO 1370/2007). Dazu gehören auch nicht erfolgswirksame und ggf. nicht zu bilanzierende Vorteile, wenn sie dem Funktionieren der DAWI dienen. Die Ausgleichsleistungen müssen nicht von den Städten Bielefeld und Halle (Westf.) gewährt werden; auch von Dritten (z.B. Land) gewährte Zahlungen sind zu erfassen und zu bewerten. Ausgleichsleistungen sind insbesondere:
 - Verlustausgleiche;
 - Betriebskostenzuschüsse;
 - Investitionszuschüsse;
 - Übernahme von Bürgschaften,
 - Übernahme von Zins- und Tilgungsleistungen für von der Klinikum Bielefeld gem. GmbH aufgenommenen Darlehen;
 - zinsvergünstigte Darlehen zur Liquiditätssicherung;
 - Vereinbarungen über den Rangrücktritt von Darlehen;
 - Kapitaleinlagen.
- (5) Ausgleichsleistungen nach Abs. 4 sind jeweils bestimmten Ausgleichsperioden zuzuordnen. Maßgeblich ist insoweit das Geschäftsjahr, in dem bzw. für den der Vorteil gewährt wurde. Alle Ausgleichsleistungen werden im Ist in der Ausgleichsbilanz nach **Anlage 2** erfasst. Darin werden die addierten wirtschaftlichen Belastungen (Betriebskostendefizit zuzüglich nicht erfolgswirksamer wirtschaftlicher Belastungen) den Erträgen gegenübergestellt. Die addierten wirtschaftlichen Vorteile, die von den Städten Bielefeld und Halle (Westf.) gewährt werden, sind mit den wirtschaftlichen Belastungen zu sal-

dieren. Der Ausgleichssaldo markiert den Abstand zur Überkompensationsgrenze. Solange dieser Saldo negativ ist, übersteigt die Höhe der Ausgleichsleistungen nicht das zulässige Maß.

- (6) Als angemessener Gewinn wird eine Kapitalrendite in Höhe des relevanten Swap-Satzes für zehn Jahre zuzüglich eines Aufschlags von 100 Basispunkten festgelegt (Art. 5 Abs. 7 Freistellungsbeschluss). Bemessungsgrundlage ist das auf die DAWI entfallende Eigenkapital.

§ 5

Überkompensationskontrolle

- (1) Um zu gewährleisten, dass die Klinikum Bielefeld gem. GmbH für jeweils ein zurückliegendes Geschäftsjahr keinen höheren Ausgleich erhalten hat als nach § 4 Abs. 2 zulässig, ist anhand der Ist-Zahlen nach deren Vorliegen für jedes Geschäftsjahr entsprechend der in **Anlage 2** dargestellten Methodik zu überprüfen, ob die gewährten Vorteile unterhalb der beihilfenrechtlichen Obergrenze geblieben sind.
- (2) Ergibt die Überprüfung nach Abs. 1, dass die Klinikum Bielefeld gem. GmbH in einem Geschäftsjahr tatsächlich einen höheren Ausgleich erhalten hat als vorgesehen, so fordern die Stadt Bielefeld und die Stadt Halle (Westf.) die Klinikum Bielefeld gem. GmbH zur Rückzahlung der Überkompensation auf. Die Klinikum Bielefeld gem. GmbH hat die Überkompensation nach Aufforderung durch die Stadt Bielefeld und die Stadt Halle (Westf.) zu erstatten.
- (3) Die Erstattungspflicht nach Abs. 2 tritt nicht ein, wenn die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10 % übersteigt und die die Stadt Bielefeld und die Stadt Halle (Westf.) deshalb von einer Rückforderung absehen. In diesem Fall kann die Überkompensation auf das nächste Geschäftsjahr übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.
- (4) Die Berechnung der Ausgleichszahlungen und die Kontrolle der richtigen Höhe sind von der Stadt Bielefeld und der Stadt Halle (Westf.) als Adressantinnen des EU-Beihilfenrechts sicherzustellen. Die Verwaltung wird insoweit darauf hinwirken, dass die Klinikum Bielefeld gem. GmbH auch weiterhin wie bisher die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen der Stadt Bielefeld und der Stadt Halle (Westf.) gewährleistet.

§ 6 **Rechnerische Trennung**

Übt die Klinikum Bielefeld gem. GmbH auch Tätigkeiten außerhalb dieser Betrauung aus, so müssen in ihrer Buchführung die Kosten und Einnahmen in Verbindung mit dieser Betrauung von allen anderen Tätigkeiten getrennt ausgewiesen werden; außerdem ist anzugeben, nach welchen Parametern die Zuordnung der Kosten und Einnahmen erfolgt. Als Kosten, die nicht der Betrauung zugerechnet werden können, gelten alle unmittelbaren Kosten, ein angemessener Beitrag zu den Gemeinkosten und eine angemessene Kapitalrendite. Für diese Kosten darf kein Ausgleich gewährt werden.

§ 7 **Berichtswesen**

- (1) Der Nachweis der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ist wie bisher durch den Wirtschaftsprüfer der Klinikum Bielefeld gem. GmbH im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses gesondert zu testieren und der Stadt Bielefeld sowie der Stadt Halle (Westf.) zur Kenntnis vorzulegen.
- (2) Die Klinikum Bielefeld gem. GmbH hält für die Städte Bielefeld und Halle (Westf.) während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums alle Informationen verfügbar, die notwendig sind, damit die Städte ihren Berichtspflichten nach Art. 8 und 9 Beschluss 2012/21/EU nachkommen kann.

§ 8 **Anlagen**

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieser Betrauung:

- Anlage 1** Feststellungsbescheid der Bezirksregierung Detmold vom 06.02.2001 nebst den nachfolgenden modifizierenden Bescheiden [zuletzt Feststellungsbescheid vom 30.03.2022].
- Anlage 2** Berechnungsschema Ausgleichsleistungen